



Offener Brief an den Rat der Stadt Köln

„Ein Leben im Ausnahmezustand – Menschenwürdige Unterbringung jetzt sichern“

Köln, 08.07.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Torsten Burmester,
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Köln,

wir wenden uns mit großer Sorge an Sie. Anlass sind die geplanten Wohnraumverdichtungen in den kommunalen Unterkünften („Optimierung der Belegung“), durch die Unterkünfte geschlossen und Belegungsdichten weiter erhöht werden sollen, ohne dass menschenwürdige Alternativen geschaffen werden.

Die Missstände in den Unterkünften sind seit Jahren bekannt und dokumentiert. Dennoch bleiben grundlegende Verbesserungen aus. Für viele geflüchtete Menschen in Köln ist die Unterbringung kein vorübergehender Schutzraum, sondern ein jahrelanger Ausnahmezustand.

Deshalb richten wir diesen Brief als dringenden Appell an Sie: Handeln Sie jetzt.

Ob in Notunterkunft, Hotel oder Wohnheim leben Menschen häufig auf engstem Raum ohne ausreichende Privatsphäre.

Duschen und Toiletten befinden sich teilweise außerhalb der Gebäude, was insbesondere nachts Unsicherheit und Angst verursacht. Besonders menschenunwürdig sind einige Leichtbauhallen mit offenen Decken und nicht abschließbaren Schlafkojen. Gleichzeitig fehlen vielerorts Kochmöglichkeiten, Külschränke und flexible Essensangebote. Viele Bewohner*innen berichten zudem, dass das bereitgestellte Essen nicht satt macht, nicht abwechslungsreich ist und von Kindern häufig abgelehnt wird. Familien leben teilweise über Jahre in viel zu kleinen Zimmern. Dort wird gekocht, geschlafen, gelernt, gewickelt und der gesamte Alltag auf wenigen Quadratmetern bewältigt. Aufenthaltsräume oder kindgerechte Bereiche fehlen häufig. Bewohner*innen berichten zudem immer wieder von Schimmel, Schädlingsbefall und unzureichenden hygienischen Bedingungen. Sogenannte Wohnheime, die faktisch als Dauerlösung genutzt werden, bieten ebenfalls kaum Privatsphäre. Ganze Familien leben teilweise jahrelang in nur einem Raum. Wohnheime mit eigenen Küchen und Badezimmern sind selten und für viele unbezahlbar. Besonders belastend ist die Situation für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen oder chronischen Krankheiten, da viele Unterkünfte nicht barrierefrei sind und notwendige Unterstützung fehlt.

Diese Bedingungen machen krank und die gesundheitlichen Folgen sind gravierend.

Viele Menschen berichten von chronischem Schlafmangel, Angstzuständen, sozialer Isolation und massiver psychischer Belastung. Gleichzeitig führen Machtungleichgewichte, Lärm, Enge und Diskriminierung zu einem Klima, in dem Gewalt begünstigt wird.

Besonders betroffen sind Frauen, Kinder, queere, nicht-binäre und trans Menschen sowie Menschen mit Behinderungen, die häufig keinen Zugang zu sicheren Unterbringungsformen haben. Menschen vulnerabler Gruppen leben häufig mit ihnen feindlich gegenüber eingestellten Personen zusammen, was ein großes Sicherheits- und Wohlbefinden-Risiko darstellt. Verfahren zum Schutz oder zur Verlegung sind bürokratisch überlastet und faktisch entwertet. Aus Angst vor Konsequenzen melden viele Bewohner*innen solche Vorfälle gar nicht oder erst nach langer Zeit. Gleichzeitig wurden bestehende Schutzangebote teilweise sogar abgebaut.

Selbst bei offensichtlichen Bedarfen dauern Prüfverfahren häufig Monate. Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen oder zum Schutz vor Gewalt dringend verlegt werden müssten, müssen häufig zahlreiche Atteste und Nachweise einreichen. Trotz fachlicher Stellungnahmen von Beratungsstellen, Psycholog*innen oder Ärzt*innen werden Anträge oft erst nach langer Wartezeit bewilligt. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Atteste immer weiter.

Armut verwalten statt Perspektiven schaffen

Während Tausende Menschen über Jahre in Unterkünften feststecken, brach die Vermittlung in eigenen Wohnraum binnen eines Jahres um 57 Prozent ein. Besonders betroffen sind Menschen mit ohnehin erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt. So werden Unterkünfte zur dauerhaften Realität statt zur kurzfristigen Notlösung. Gleichzeitig fallen hohe Benutzungsgebühren auch für menschenunwürdige Sammelunterkünfte an.

- **Das ist weder menschenrechtlich noch sozialpolitisch vertretbar.**
- **Die geplanten Verdichtungen verschärfen diese Situation zusätzlich.**
- **Das Problem ist nicht fehlendes Wissen. Das Problem ist fehlendes politisches Handeln.**
- **Haushalts- und Platzargumente dürfen nicht länger als Rechtfertigung für menschenunwürdige Unterbringung dienen.**

Wir fordern die Stadt Köln auf, unverzüglich zu handeln:

1. Sofortige Sicherung menschenwürdiger Unterbringung sowie die verbindliche Umsetzung und Kontrolle von Mindeststandards

Die Stadt Köln stellt umgehend sicher, dass in allen Unterkünften:

- Überbelegung beendet wird (mind. 9 m² pro Person sofort als Untergrenze)
- gravierende Mängel (z. B. Schädlinge, unsichere Sanitäranlagen) unverzüglich behoben werden
- abschließbare Sanitär- und Schutzräume vorhanden sind
 - Familien und vulnerable Personen prioritär aus Gemeinschaftsunterkünften herausgenommen werden



- Besonders vulnerablen Gruppen (z.B. trans Personen) ihr Schutzbedürfnis gewährleistet wird

Die Stadt Köln legt dafür einen verbindlichen, standortbezogenen Umsetzungsplan für alle Mindeststandards mit Verantwortlichkeiten und Zeitplan vor.

2. Gewaltschutz und unabhängige, nicht verwaltungsunterstellte Beschwerdestrukturen

Die Stadt Köln gewährleistet:

- die Förderung des Gewaltschutzes und der Ombudsstrukturen
- verpflichtende Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen
- Schutzkonzepte proportional zur tatsächlichen Belegungszahl (nicht nur Notunterkünfte)

3. Transparente Verfahren, Rechte und Zugang zu Versorgung

Die Stadt sorgt für:

- niedrigschwellige, mehrsprachige Information und Beratung in allen Unterkünften
- ausreichende medizinische und psychosoziale Versorgung mit klar dokumentiertem Betreuungsschlüssel
- transparente, diskriminierungsfreie Verlegungs- und Auszugsverfahren ohne ordnungsrechtlichen Druck
- Aussetzung der Gebührensatzung und laufender Vollstreckungsverfahren bis zur rechtlichen Klärung

4. Strukturwandel: Weg von Massenunterbringung

Die Stadt Köln verpflichtet sich zu:

- konsequentem Abbau von Sammel- und Containerunterkünften
- Ausbau dezentraler Wohnformen und sozialer Wohnungen
- Stärkung des Auszugsmanagements statt Dauerunterbringung
- politischem Beschluss der „Neuen Leitlinien zur Unterbringung“

Denn es geht nicht um Verwaltung, sondern um Menschenrechte.

Die Stadt Köln präsentiert sich gerne als weltoffene, vielfältige und solidarische Stadt. Sie wirbt mit Diversität, Menschenrechten und gilt international als queerfreundliche Metropole.

Ob dieser Anspruch wirklich eingelöst wird, zeigt sich am Umgang mit den vulnerabelsten Menschen - geflüchteten Personen, die vielfach von Rassismus, Sexismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit, Armut sowie den Folgen von Krieg und Gewalt betroffen sind.

Gerade jetzt braucht es eine klare politische Haltung: **Menschenwürde ist nicht verhandelbar.** Wir wünschen uns ein Köln, das schutzsuchende Menschen in Würde



unterbringt, ihnen Perspektiven eröffnet und menschenunwürdige Dauerprovisorien beendet. Auch bei angespannter Haushaltslage und fehlendem Wohnraum braucht es die klare Zusage, nicht an der Menschenwürde zu sparen.

Wir erwarten eine öffentliche Stellungnahme und schlagen einen zeitnahen Austausch zu konkreten, überprüfbaren Verbesserungen vor.

Mit Nachdruck und solidarischer Verantwortung,

die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen:

Erstunterzeichner*innen:

ada
agisra e.V.
baraka - a place for international queers
Kölner Spendenkonvoi e.V.
rubicon
SOFRA Queer Migrants e.V.

Unterstützer*innen:

AfghanistanNotSafe KölnBonn
AK Politik der Willkommensinitiativen
Alarmphone Köln
Amnesty Köln
Balkanbrücke
Bürger:innen Asyl
FluMi, FLucht und Migration in Köln-Höhenberg und Vingst
Hans Mörzter
Initiative "Willkommen im Severinsviertel"
Initiative "Willkommen in der Moselstraße"
LAGM*A NRW
Medical Solidarity International
Menschenrechte-Einundzwanzig e. V. / AKAD FM-FM
Mosaik e.V. Köln Mülheim
Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. – AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln
Refugee Law Clinic Cologne e.V.
Sea-Eye Lokalgruppe Köln
Seebrücke Köln
Shahzad e.V. Verein für gehörlose Geflüchtete und Migrant*innen